

Das Thema Tschernobyl stört die schwarz-rote Harmonie

Weil CDU und CSU nicht wollen, soll es zum 20. Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl keinen Bundestagsbeschluss geben. Zum Ärger der SPD.

VON RICHARD MENG

Eigentlich war es eine harmonische Veranstaltung. Die Kanzlerin war erstmals in der SPD-Fraktion zu Besuch und die Stimmung war entspannt. Bis der für Umwelt zuständige Fraktionsvize Ulrich Kelber sich meldete und darauf hinwies, dass die schwarz-rote Zusammenarbeit in der Umweltpolitik ausgesprochen schwierig sei. Zum Beispiel wegen der Weigerung der Unionsspitze, im Parlament zum Tschernobyl-Jahrestag einen gemeinsamen Antrag mitzutragen.

Das war am Dienstag. Angela Merkel gab sich überrascht und versprach, sich „die Sache noch mal anzusehen“. Doch das erweist sich bislang nur als Höflichkeitsfloskel – und in der SPD wächst der Unmut. „Da wird ein Affront gesucht“, urteilt nun Kelber. Nach den Gepflogenheiten von Koalitionen ist der SPD auch der Weg verwehrt, einem Tschernobyl-Antrag der Grünen zuzustimmen, der im Parlament schon vorliegt. Weil Koalitionspartner gegenseitig im Wort sind, nicht gegeneinander abzustimmen, gibt es nur gemeinsame Anträge oder gar keine.

Am 26. April jährt sich die Reaktorkatastrophe, die mehrere tausend Menschen in der Ukraine das Leben kostete und hunderttausende verstrahlte. Das Kuriose ist jetzt: Auf Ebene der Umweltpolitiker hatten SPD und Union sich sogar schon auf einen Antrag geeinigt. Der recht weichgespülte Text war abgesegnet auch von CDU-Ex-Ministerin Katherina Reiche und dem Junge-Union-Chef Philipp Mißfelder. Fraktionschef Volker Kauder (CDU) aber hat seine Umweltpolitiker zurückgepfiffen – und dokumentiert so, dass sie in der Spitze nichts zu melden haben.

Zum Grund gibt es keine offiziellen Auskünfte. Aber es ist klar: Die Unionsspitze, die gerade massiv auf Pro-Atom-Kurs einschwenkt, will sich nicht an atomskeptischen Debatten beteiligen. Zumindest das steht im ausgehandelten schwarz-roten Papier: Auf „nationaler und internationaler Ebene“ müsse die Regierung sich für höchste Sicherheit einsetzen. Und: Unabhängig von Meinungsverschiedenheiten über das Ausmaß der Katastrophe spreche der Bundestag den Opfern sein Mitgefühl und den Helfern Dank aus. Was er nun wohl nicht tun wird.

In der SPD-Fraktion schwanken die Reaktionen zwischen „davon geht die Welt nicht unter“ und „da ist schon tiefer Frust“. Überlegungen, die Union für Änderungsanträge zum Grünen-Entwurf zu gewinnen, der klar auf Anti-Atomkraft-Linie liegt, sind unrealistisch. Andererseits hatten die SPD-Umweltpolitiker im schwarz-roten-Text sogar Passagen geschluckt, die sie selbst eher als halbe Notlügen empfinden – zum Beispiel den Satz, in Deutschland seien nie die zulässigen Grenzwerte überschritten gewesen und seit 1986 nehme die Belastung „kontinuierlich ab“.

Am Mittwoch haben sie das Papier nun als eigene Erklärung veröffentlicht. Aber mit kleinen Ergänzungen. Zum Beispiel einem bislang nicht enthaltenen Bekenntnis zum Atomausstieg im Koalitionsvertrag. Und mit dem Satz, bis heute fänden sich in Lebensmitteln aus Waldgebieten Süddeutschlands „stark erhöhte Cäsium-Werte“. Den hatten nicht einmal die CDU-Umweltpolitiker akzeptiert.